

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Klaudia Bengsch vor, deren Markenzeichen Kreativität ist; eine Powerfrau in Familie und Beruf, immer interessiert an dem, was Menschen bewegt und engagiert sich sehr für Kinder Seite 2

Politik der LINKEN im Siedlungsgebiet ist monatlich Thema in diesem Infoblatt. LINKEN-Fraktionsvorsitzender Klaus Jürgen Dahler (BVV) ist dran an den Themen und widmet sich dieses Mal Bürgerbeteiligung und Bürgerservice Seite 3

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Der erfolgreicher Protest gegen den Naziaufmarsch in Dresden am 19.2.2011 war überschattet von Repression / Die Hartz-IV-Koalition begeht wieder einmal Verfassungsbruch Seite 7

Integration, Arbeit und Soziales

Senatorin Carola Bluhm führt ein schwieriges Ressort. Die Probleme spüren die Bürger hautnah. So eng ging es dann am 21. Februar im Berliner deutsch-russischen Tschechow Theater auch zu. Wolfgang Brauer, der direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis Marzahn-Nord-/West, hatte eingeladen und der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

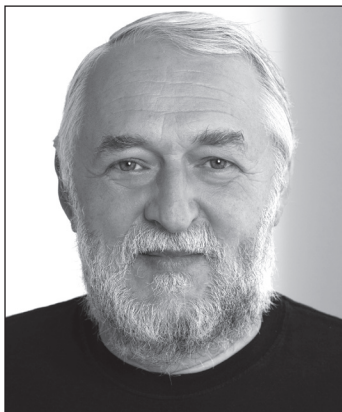
Anwesende Nord-Marzahner, ein paar mit Migrationshintergrund, als gespannte Zuhörer und Fragesteller und streitbar in der Diskussion. Wasser und Abfall, Berlin-Tickets und gestiegene ÖPNV-Preise; Hartz-IV-Elend und Ehrenamtspreise, verzögerte und falsch berechnete Arbeitsagentur-/Jobcenter-Leistungen; Bundesratsinitiativen und Berliner Gesetze, die kaum einer kennt und für deren Durchsetzung doch Druck von der Straße erforderlich wäre.

Fachkräftemangel und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Sprachschwierigkeiten von Migranten als massive Behinderung für Lehren und Lernen. Fehlende Integrationsklassen – an teuren Privatschulen aber gemischte Erwachsenen-Kinder-Gruppen.

Verdopplung der zugewiesenen Flüchtlinge 2011 ohne Vorwarnung der Beamten und Nachbarn; in der EU sich frei bewegende Sin-

ti und Roma. Eine Bürgerin empörte sich über fremdartige Verhaltensweisen; sie verstehe nicht, weshalb der Staat denen, die „sich nicht

ment, auch wenn Resultate kurzfristig nicht erwartet werden dürfen.



Lud in seinen Wahlkreis ein:
Wolfgang Brauer
Fotos: Landesbildstelle/DiG



Folgte gern der Einladung:
Senatorin Carola Bluhm

Sie bedauerte, dass den Bürgerinnen und Bürgern, den engagierten Genossinnen und Genossen ebenso, vieles von den mannigfaltigen Initiativen und parlamentarischen Aktivitäten der LINKEN verborgen bliebe. Internet ist kein Allheilmittel.

Politiker „zum Anfassen“ sind den Leuten lieber, so wie hier die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales. Würden derart politische Foren stets so gut besucht, käme manche Information besser und nicht als Gerücht unter die Leute.
Bernd-R. Lehmann

wie Menschen aufführen“, soviel Geld gibt. Die Senatorin stellte klar, dass die Sätze für Flüchtlinge seit 1994 nicht angehoben wurden und dass die Kürzung des Etats für Berlin durch den Bund um 200 Millionen Euro nicht zu kompensieren sei.

Folglich fielen etliche Leistungen dem Rotstift zum Opfer. Allein die MAE-Stellen – die sogenannten 1,50-Euro-Jobs – wurden zum 1.2.2011 fast halbiert, was viele Träger-Verene hart trifft.

Mit Herz und Temperament warb Carola Bluhm für mehr bürgerschaftliches Engage-

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Klaudia Bengsch
- Petra Pau: Er war so frei

Seite 3:

- Infosplitter
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hatz IV“

Seite 4:

- BVV für Verbesserung des ÖPNV
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Programmdebattenthemen
- Für Erhalt der Hellersdorfer Promenade

Seite 6:

- Politische Bildung: Humboldt-Uni
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

Zur Person: Klaudia Bengsch

Kreativität ist ihr Markenzeichen

Neu in der LINKEN ist Klaudia Bengsch. Die Berlinerin wohnt in Lichtenberg und ist in Biesdorf in der BO 59 organisiert. Im September 2010 zog sie nach einer längeren Zeit des Sympathisierens den für sie logischen Schluss und wurde Mitglied der LINKEN, trendgemäß online. Damit überraschte sie ihren Partner Gerhard Pielmann, den sie schon oft zu Veranstaltungen begleitet hatte. Die heute 45-Jährige beschränkt in ihrem bisherigen Leben abwechslungsreiche Wege. Flexibilität und Kreativität sind ihre besonderen Stärken, die ganz ihrem lebhaften Naturell entsprechen.

Die will sie auch in die Politik einbringen, wenn schon, dann richtig sagte sich Klaudia nach ihrem Eintritt in die LINKE und entschloss sich zu einer Kandidatur für

die BVV. Dort will sie sich u.a. für die Belange von Kindern und Jugendlichen und Kultur einsetzen!



Klaudia Bengsch

Foto: S. Behrens

Klaudia erlebte eine typische DDR-Jugend, absolvierte die zehnklassige all-gemeinbildende Polytechnische Oberschule und ließ sich zur Hotelfachkraft ausbilden. Gearbeitet hat sie in unterschiedlichen Jobs. Vier Kinder hat sie großgezogen, Höhen und Tiefen durchlebt, ist geschieden. Über das Jobcenter kam sie zum Theater am Park (TaP). Dort lernte Klaudia auch Gerhard Pielmann, den Vereinsvorsitzenden des TaP e.V. kennen.

Sie war Leiterin des Kreativteams. Ihre Handschrift prägt wesentlich Veranstaltungen wie Märchenfenster,

Puppentheater, Basteln mit Kindern, Kreativwerkstatt, die Faschingsdisco u.a. Genau der richtige Job für sie, denn Arbeit mit Kindern liebt sie sehr. Als Märchenfee ist sie vor allem in der Weihnachtszeit gefragt, auch von Wohnungsbaugesellschaften.

Bei der ABU (Akademie für Berufsförderung und Umschulung gGmbH) hat Klaudia für das Archiv und in der Ausstellungsvorbereitung gearbeitet.

Auch in der INU gGmbH (Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz) Falkenberg hinterlässt sie ihre Spuren. Dort und in der Falkenberger Dorfkate ist ihre Kreativität in der Beschäftigung mit Kindern genauso gefragt wie im TaP. Zurzeit bereitet Klaudia das Frühlingfest der Dorfkate vor.

Gern würde sie durch eine Weiterbildung in Kreativpädagogik Hobby und Arbeit fachlich untermauern.

Als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt arbeitet sie im Netzwerk aktiv mit.

In ihrer Freizeit widmet sich Klaudia dem Dartspiel. Und sie spielt nicht nur, sondern gibt auch den Ton an als Käpt'n des Dartvereins „Die Ferrarys“. Da kommt ihr dann auch ihre Kreativität zu Gute, beim Aufbau der Vereinswebseite. Bei „Paule“ am S-Bahnhof Biesdorf finden ab März Dartveranstaltungen für Jung und Alt statt.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB) im Interview: Er war so frei

■ *Es gab im Bundestag eine heftige Debatte über „Extremismen“ aller Art. Worum ging es aktuell?*

Petra Pau: Der theoretische Hintergrund ist die unsägliche Totalitarismus-Theorie. Die lasse ich hier mal weg. Praktisch ging es um eine Neuerung der Bundesregierung.

■ *Die worin besteht?*

Petra Pau: Initiativen gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Toleranz, die Bundesfördermittel beantragen, müssen geloben, selbst nicht extremistisch zu sein, womit linksextremistisch gemeint ist.

■ *Das alte unsägliche Links-Rechts-Spiel?*

Petra Pau: Es ist noch schlimmer...

■ *... und das wäre?*

Petra Pau: Wer im Kampf gegen Rechtsextremismus Bundesfördermittel haben will, muss zudem versichern, dass alle möglichen Bündnispartner, ob Parteien, Organisationen oder Personen, ebenfalls nicht (links)extremistisch sind.

■ *Woher kann man das wissen?*

Petra Pau: Die Empfehlung lautet erstens: Wer unsicher ist, ob potentielle Partner „verfassungstreu“ sind, soll im Internet googeln oder bei Behörden nachfragen. Und zweitens: Wer Anzeichen habe, dass potentieller Partner eventuell nicht „verfassungstreu“ seien, möge dies umgehend anzeigen.

■ *Interpretiere ich das jetzt richtig? Als förderungswürdig gelten demnach nur Initiativen, die zugleich willig sind zu schnüffeln und zu denunzieren?*

Petra Pau: Zugespißt: Ja!

■ *Wer entscheidet, ob eine Partei, Organisation oder Person linksextrem ist?*

Petra Pau: Anmaßend das Bundesfamilienministerium von Kristina Schröder (CDU) und der Verfassungsschutz.

■ *Die Bundesregierung und Geheimdienste reklamieren für sich die Deutungs- und Entscheidungshoheit, wer mit wem gegen Rechtsextremismus agieren darf?*

Petra Pau: Ja! Wissenschaftler finden das „verfassungsrechtlich bedenklich“, Nichtregierungsorganisationen protestieren, die rot-rote Berliner Landesregierung hat Widerspruch eingelegt hat, unser Bezirksamt ebenfalls.

■ *Diese „Schröder“-Order klingt wie „verordneter Antifaschismus“ ...*

Petra Pau: ... ich erkläre es mal ganz praktisch. Nach der Lesart von Bundesministerin Schröder müssten erfahrene Initiativen, wie die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ oder die „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.“, um nur zwei von vielen zu nennen, die Vizepräsidentin des Bundestags, Petra Pau, wie der Teufel das Weihwasser meiden.

■ *Warum?*

Petra Pau: Der Bundesverfassungsschutz füllt seit 20 Jahren einen Aktenordner nach dem anderen über mein Tun und Lassen.

■ *Das heißt, Du wirst als potentielle Extremistin beobachtet?*

Petra Pau: Weiterhin. Und nach Einsicht vielfältig geschwärzter VS-Akten ist mein Lieblingseintrag über mich: „Petra Pau wurde am 7. April 2006 zur Vizepräsidentin des Bundestags gewählt.“

■ *Donnerwetter!*

Petra Pau: Aber zurück zur Eingangsfrage: Im Kern geht es darum, dass die Zivilgesellschaft unter Kuratel des Staates gestellt wird und sich einer geheimdienstlichen Steuerung unterwerfen soll. Das stellt die Demokratie auf den Kopf. Das ist der eigentliche Skandal.

■ *Auf Drängen der CDU/CSU ...*

Petra Pau:... mit tatkräftiger Unterstützung der Partei, deren Vorsitzender sich erst jüngst zur „Freiheitsstatue Deutschlands“ ernannt hat.

■ *Die Liberalen und Guido Westerwelle?*

Petra Pau: Er war so frei.
Fragen: Rainer Brandt

Wer mehr will, wird hier fündig:
<http://www.petrapau.de>

Hartz-IV-Splitter:

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV: Gesundheit

Menschen, die Arbeitslosengeld (Alg II) erhalten, müssen maximal 2 %, chronisch Kranke 1 % ihres Jahresbruttoeinkommens zu rezeptpflichtigen, von der Krankenkasse bezahlten Medikamenten zuzahlen. So ein Pech, dass in den letzten Jahren zunehmend mehr Medikamente nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden, zum Beispiel Medikamente bei Erkältungskrankheiten. Weil sie ja die Krankheit nicht beseitigen, sondern nur die Symptome lindern. Die Allgemeinheit kann ja nicht "zur Ader gelassen" werden, nur damit „unproduktive“ Menschen den Luxus genießen, dass Schmerzen gelindert, Fieber gesenkt und erholsamer Schlaf gefördert wird. Die „Hartzler“ haben schließlich Zeit, sich auszukurieren – wenn sie ihre geforderte Bewerbungszahl bewältigt und wenn sie ihre Termine beim Jobcenter wahrgenommen haben (auch bei ärztlich bescheinigter krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit wird andernfalls das Alg II gekürzt).

Besonders schwierig wird es, wenn z.B. ein Zahnersatz gebraucht wird oder eine Brille. Da kam ein lebenswertes älteres Paar zur Sprechstunde. Sie rückte ihm noch ein bisschen näher und meinte: „40 Jahre lang waren wir ein Ehepaar, jetzt sind wir eine ‚Bedarfsgemeinschaft‘!“. Inzwischen suchte ihr „Bedarfsgemeinschafts-Mitglied“ in seinen Unterlagen, mühsam damit beschäftigt, dabei seine mit nur noch einem Bügel aus-

gestattete Brille auf der Nase zu behalten. „Hier ist es doch!“, meinte er. „Hast Du's? Ich kann's nicht erkennen“, meinte sie. Er hielt einen Bescheid in der Hand: Die beantragte Kosten-Übernahme für jeweils eine Brille war abgelehnt worden.

Wir konnten ihm nicht helfen, es gibt keinen Spielraum im Gesetz und in den Ausführungsbestimmungen zur Übernahme solcher Kosten, sie sollen aus dem „üppigen“ Regelsatz bezahlt werden. Und wer selbst eine Brille benötigt, weiß, wie teuer die Gläser sind. Wir sinnierten noch ein wenig, ob wohl die Hartz-IV-Bescheide künftig auf Tonträgern verschickt werden – doch die Problematik des nachlassenden Gehörs mit zunehmendem Lebensalter ließ uns diese These wieder verwerfen. „Noch ein halbes Jahr, dann bekommen wir Rente, dann können wir uns die Brillen leisten - und dann nennt uns keiner mehr ‚Bedarfsgemeinschaft‘, dann sind wir wieder ein Paar!“ Sie hakten sich unter, verabschiedeten sich freundlich, und er führte sie behutsam durch die Tür.

„Die haben's gut“ klang es aus den Reihen der wartenden Ratsuchenden, „sie konnten sich wenigstens noch eine Rente erarbeiten, mit der man mal unabhängig ist vom Amt - da haben wir keine Chance mehr, wir haben lebenslänglich: Erst die Abhängigkeit vom Jobcenter und als Rentner dann vom Grundversicherungsamt.“

Angesichts der vielen gebrochenen Erwerbs-

biographien und angesichts der vielen prekären Arbeitsplätze wird dieses Problem zunehmen.

Wir brauchen einen gesetzlichen existenzsichernden Mindestlohn! Wir brauchen ein sanktionsfreies existenzsicherndes Grundeinkommen! Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

Zum Thema Mindestlohn

Schluss mit der Erpressung im Niedriglohnbereich!

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist in Deutschland längst überfällig.

Seit Jahren gibt es ein Lohndumping in vielen Branchen. Erwerbstätige sind dort schutzlos einem Unterbietungswettlauf ausgesetzt und teilweise wird selbst bei Vollzeitbeschäftigung noch nicht einmal das Existenzminimum erreicht. Auch in tarifgebundenen Branchen sind dadurch die Löhne unter starken Druck geraten und stagnieren.

Ich bin der Meinung, nur der Staat kann hier die Lohnabwärtsspirale stoppen, und muss eine Schutzfunktion für seine Bürger wahrnehmen.

Mit einer Vollzeitstelle muss man seinen Lebensunterhalt bestreiten können.

Ich bin für 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn (das entspricht etwa 1500 Euro im Monat) - mit entsprechenden tariflichen Regelungen der Arbeitszeit.

Dabei geht es auch um einen deutlichen Abstand zum Hartz-IV-Niveau und einer Annäherung im europäischen Mindestlohnvergleich.

Bernd Walter

Eine bildungspolitische Kurzbilanz

Die kommunale Bildungspolitik stand in den letzten fünf Jahren im Rahmen einschneidender Veränderungen im Land und im Bund. Nach der Einführung des Jahrgangsübergreifenden Lernens in der Schulanfangsphase wurden zum Schuljahr 2010/11 Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur neuen Schulform der integrierten Sekundarschule zusammengefasst. Gleichzeitig wurde mit der forcierten Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf begonnen.

All diese einschneidenden Reformen fanden statt vor dem Hintergrund ungelöster grundsätzlicher Probleme im Bildungsbereich. Trotz der geschickten Nutzung der Konjunkturpakete konnten nicht alle notwendigen baulichen Erhaltungsmaßnahmen realisiert werden und darüber hinaus herrscht Personalmangel. Auch wenn über Personal und Finanzen letztlich das Land entscheidet, so haben wir uns doch gegenüber den Verantwortlichen eingesetzt, wenn auch ohne Erfolg.

Trotz dieser komplizierten Ausgangslage konnten wir im Bezirk eine Reihe bildungspolitischer Erfolge verzeichnen. Es ist uns

gelungen, eine stärkere Vernetzung zwischen den Schulen, dem Jugend- sowie dem Sozial- und Gesundheitsamt zu erreichen.

Bei der Umsetzung der Inklusionsbemühungen ist das bezirkliche Pilotprojekt, mit dem sechs Schulen den Sprung zur Inklusion gewagt haben, zum Vorbild für die gesamte Stadt geworden. Durch enge Zusammenarbeit mit den Personalräten konnten wir Engpässe oder Überbelastungen erkennen und hier ansetzen, um Erleichterungen einzufordern und auch das Voneinander-Lernen der Beteiligten zu initiieren.

Als Erfolg betrachten wir es, im Bildungsbereich ein hohes Maß an Transparenz durchgesetzt zu haben. Es gab kein Bildungs-Projekt, das nicht von uns mit Anfragen und Anträgen kritisch begleitet wurde. Zu besonders wichtigen Projekten initiierten oder veranstalteten wir öffentliche Anhörungen, um Betroffene zu informieren und selbst zu Wort kommen zu lassen.

Unsere Bilanz der letzten fünf Jahre im Bildungsbereich ist, dass wir viel geschafft haben, um die bezirklichen Bildungseinrichtungen für die Kinder und Jugendlichen besser zu machen, doch mindestens eben so viel bleibt zu tun.

Hassan Metwally

Garantiert nur mit uns.

DIE LINKE.



Stets selbst dabei: Bernd Walter beim Protest gegen das „Sparpaket“ der Bundesregierung.

Foto: privat

Sicher und pünktlich zur Schule!

Die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs sind seit vielen Jahren immer wieder Thema zu Beginn eines Schuljahres. LehrerInnen und SchülerInnen beklagen des öfteren die zum Teil unattraktiven Fahrzeiten von Bus und Bahn. Um hier Abhilfe zu schaffen, beantragten die Linksfraktion sowie die SPD, das Bezirksamt zu bitten, sich gegenüber der BVG in diesem Jahr frühzeitig für eine Verbesserung der Taktfrequenz des morgendlichen Personennahverkehrs einzusetzen. Auch die CDU sah hierbei dringenden Handlungsbedarf.

In der Debatte im Plenum der BVV wechselten die Sozialdemokraten jedoch überraschend ihre Position. Das Bezirksamt würde schon selbstständig handeln und im Übrigen sei das Anliegen ohnehin „unrealistisch“, argumentierten plötzlich VertreterInnen der Fraktion. Ob dieser Sinneswandel eher mit der Verantwortlichkeit des Bildungsstadtrates (SPD) zu tun hat, blieb offen. Letztlich beschlossen LINKE, CDU und eine SPD-Verordnete den Antrag mehrheitlich.

Die von der Linksfraktion im Januar geforderte Erhaltungssatzung für die „Hellersdorfer Promenade“ stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Alle Fraktionen schlossen

sich diesem Anliegen an und fassten einen Beschluss. Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler betonte bereits im Januar: „Der einzigartige Charakter des Gebietes muss langfristig erhalten werden. Es steht für die Vielfältigkeit des oftmals zu Unrecht diskreditierten Städtebaus in der DDR“.

Auch das beschlossene bezirkliche Integrationskonzept sorgte für eine angeregte Debatte. Deren Weiterentwicklung war Inhalt eines gemeinsamen Antrages aller Fraktionen.

Bjoern Tielebein

100 Jahre Internationaler Frauentag und 140. Geburtstag von Rosa Luxemburg im März 2011:

„Die Arbeit, die tüchtige, intensive Arbeit, die einen ganz in Anspruch nimmt mit Hirn und Nerven, ist doch der größte Genuss im Leben.“

Diesen Worten Rosa Luxemburgs ist kaum etwas hinzuzufügen!

Allen Frauen herzlichen Glückwunsch!

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Nur scheinbar ist bis zu den Berliner Wahlen am 18. September 2011 noch lange Zeit. Tatsächlich hat der Wahlkampf längst begonnen, die Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen sind festgelegt. An den Wahlprogrammen wird gearbeitet, natürlich auch im Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirksvorstand und die BVV-Fraktion haben gemeinsam ein bezirkliches Wahlprogramm mit der Überschrift „Marzahn-Hellersdorf in Berlin. Solidarität. Demokratie. Zukunft.“ als Entwurf verabschiedet, es ist jetzt den BO und den Delegierten der Hauptversammlung zugegangen und steht am 2./3. April zur Abstimmung.

An dem Wochenende werden wir dann auch die Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Wahlkreise und unsere Liste für die BVV-Wahl verabschiedet. DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird in allen 6 Wahlkreisen zum Kampf um ein Direktmandat antreten, wir wollen in der Bezirksverordnetenversammlung wieder die stärkste Fraktion werden und auch in der nächsten Wahlperiode die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister stellen. Das sind anspruchsvolle Ziele, sie werden uns viel Kraft abverlangen.

Aber auf uns liegt auch eine große Verantwortung, zusammen mit Lichtenberg sind wir die „Hochburg“ der LINKEN in Bezug auf

die gesamte Bundesrepublik, daran knüpfen sich auch viele Erwartungen.

Und wir – DIE LINKE in Berlin – tragen auch noch eine andere Verantwortung für unsere Partei, die für ihr Selbstverständnis und auch für die Programmdiskussion von Bedeutung ist. Erstmals in der Bundesrepublik stellt sich DIE LINKE in einem Landesparlament nach einer zweiten Periode der Regierungsbeteiligung zur Wahl. Bisherige Regierungsbeteiligungen (oder Duldungen) hatten einen deutlichen Rückgang der Wählerstimmen am Ende der Legislaturperiode zur Folge – in Berlin beispielsweise von 22,6 % auf 13,4 %, in Mecklenburg-Vorpommern von 24,6 % auf 16,4 %. Nicht zuletzt damit wird von manchen die These begründet, DIE LINKE solle sich besser nicht an Regierungen beteiligen. In Berlin bestehen gute Chancen, dass wir nach dieser Legislaturperiode einen höheren Stimmenanteil bekommen als zu deren Beginn. Natürlich kann und soll damit die Diskussion um Regierungsbeteiligungen nicht beendet sein, aber wir könnten sie um ein praktisches Argument bereichern.

Das „Superwahljahr“ läuft, DIE LINKE hatte wohl keinen optimalen Start, aber in Hamburg gab es ein gutes Ergebnis, auch unser Bezirksverband hat dazu beigetragen.

Bernd Preußner

Korrektur:

In Ausgabe 2-2011 dieses Infoblattes verwiesen wir auf Seite 7 auf das Gesetz zur Änderung der Berliner Bauordnung. Korrekt ist, dass das Gesetz im Juli 2010 beschlossen wurde und NICHT im Dezember 2010. Der angegebene Link sollte auf den ursprünglichen Antrag der Koalition vom November 2009 verweisen und war fehlerhaft angegeben.

Letztlich hat die Koalition im § 46 der Bauordnung einen Absatz (3) eingefügt.

Der richtige Gesetzestext lautet:

§ 46 Abs. (3)

1. Abfallschächte dürfen nicht errichtet werden.

2. Bestehende Abfallschächte sind spätestens bis zum 31. Dezember 2013 außer Betrieb zu nehmen.

3. Die zu ihrem Befüllen vorgesehenen Öffnungen sind bis zu diesem Zeitpunkt dauerhaft zu verschließen.

B. Tielebein

Infosplitter Erwin-Strittmatter-Schule schließt

Das Bezirksamt hat beschlossen, die Erwin-Strittmatter-Schule (Hellersdorf) zum 31.07.2011 aufzuheben. Die Erwin-Strittmatter-Schule ist eine Sonderschule. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hatte festgelegt, dass zum Schuljahr 2009/2010 keine dritten Klassen mehr eingerichtet wurden. Damit sinken die Schülerzahlen. Die zurzeit noch bestehenden Klassen wechseln zum Schuljahr 2011/2012 geschlossen in die Schule am Rosenhain. Die Aufhebung der Erwin-Strittmatter-Schule steht im Zusammenhang mit einer generellen Reduzierung von Sonderschulen im Bezirk. In Zukunft sollen mehr Kinder mit Sonderschulbedarf in Regelschulen unterrichtet werden. Die Kolibri-Grundschule wird zum Schuljahr 2011/2012 in das Gebäude der Strittmatter-Schule umziehen.

Springpfuhlpark

Die Rekonstruktionsmaßnahmen im Springpfuhlpark werden in diesem Jahr fortgesetzt. Es ist bereits der 7. Bauabschnitt. Weitere Wege werden ausgebaut, nicht mehr genutzte dagegen werden begrünt. Ein Kleinkinderspielplatz am Murtzauer Ring 45 und der Bolzplatz werden abgebaut. Die Spielgeräte werden weiter genutzt. An anderer Stelle sind im Park neue Spielflächen und ein neuer Bolzplatz entstanden. Die Arbeiten beginnen im Mai, Gehölzschnittmaßnahmen und die Fällung von drei Pappeln und zwei Ahornbäumen gehören dazu. Wichtig für die Anwohnerinnen und Anwohner, die Hauptwege bleiben beleuchtet.

Renate Schilling

In der Programmdebatte und im Wahlkampf die aktuellen Fragen offensiv und bürgernah diskutieren

Der vom Landesvorstand beschlossene Programmentwurf der LINKEN für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen steht zur Diskussion in der Parteibasis und bei vielen politischen Partnern. Alle sind aufgefordert, sich kritisch mit unserem Politikangebot für die nächsten fünf Jahre auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls mit Veränderungsvorschlägen einzubringen.

Für mich ist es wichtig, in den Gesprächen, den Veranstaltungen und an Informationsständen insbesondere die Vorschläge der LINKEN zur Lösung der künftigen sozial-ökologischen Aufgaben in der Stadt zu diskutieren. Dabei geht es um unsere Vorstellungen für soziales Wohnen und Klimasanierung, um umweltgerechte und erschwingliche Mobilität für Alle, ein neues kommunales Energie-Bürgerstadtwerk, um den Ausbau von Angeboten regionaler Produkte in Berlin und vieles mehr. Wichtig ist mir aber vor allem, mit den Menschen darüber ins Gespräch zu kommen, dass es auf moderne, kreative Umweltpolitik

ebenso ankommt, wie auf unser aller Engagement und auf ein kritischeres Bewusstsein von uns als Verbraucherinnen und Verbraucher. Nachhaltigkeitspolitik kann überhaupt nur mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern funktionieren.

Aber es gibt noch viel Skepsis bei den Menschen gegenüber Veränderungsmöglichkeiten durch lokales Handeln insbesondere in der Energiefrage. Das spürte ich deutlich an den Diskussionen z. B. in einer Veranstaltung, in der ich das Buch „Der ökologische Imperativ“ von Hermann Scheer und den Film „Die 4. Revolution: Energieautonomie“ vorstellte. Der Autor zeigt darin Möglichkeiten zum sofortigen und 100prozentigen Umstieg auf erneuerbare Energien auf. Hermann Scheer hält schon bis 2030 ein Energiesystem für technologisch machbar, in dem jeweils lokal, regional und mit nur wenigen Großkraftwerken Energie erzeugt und verteilt wird, im Gegensatz zu dem jetzigen zentralisierten System, bei dem Produktion, Verteilung und

Verbrauch über Tausende von Kilometern getrennt und gleichzeitig Milliarden Menschen von der Energieversorgung ausgeschlossen sind. Hierfür sei – weltweit – neues lokales Handeln nötig und eine andere Politik. Hermann Scheer plädiert für eine weltweite Lokale Agenda 21.

Insbesondere der soziale Aspekt, die Notwendigkeit und Chance für die Teilhabe Aller, wird nur von der LINKEN eingefordert. Was müssen und können wir in diesem Zusammenhang in Berlin tun und was will DIE LINKE? In der Wahlprogrammdebatte und im Wahlkampf wird es viele Möglichkeiten geben, diese Fragen sehr engagiert zu diskutieren.

In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird die Arbeitsgruppe Politische Bildung zu den sozial-ökologischen Themen eine Gesprächsreihe im Bezirk anbieten.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)

Für den Erhalt und die Rekommunalisierung der Hellersdorfer Promenade!

Das Wohngebiet der Hellersdorfer Promenade gehört zu den wichtigen Quartieren in der Großsiedlung Hellersdorf. Es war einst im Bestand der Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf und ist von dort an private Investoren verkauft worden. Diese wollten es als sogenanntes Europaviertel entwickeln. Da die finanzielle Förderung ausblieb, wurde der Bestand der Wohnungen an die Level One verkauft. Nun wurden sie zum Spekulationsobjekt. Nach der Insolvenz von Level One werden sie von einem Insolvenzverwalter bewirtschaftet. Das Gebiet um die Hellersdorfer Promenade entstand in der Mitte der 1980er Jahre im Rahmen des komplexen sozialistischen Wohnungsbaus. Die räumlichen städtebaulichen und architektonischen Strukturen dokumentieren in einzigartiger Weise den konzeptionellen Ansatz der Stadtgestaltung von Hellersdorf. Die städtebauliche Eigenart wie das Ortsbild sind noch in ihrer ursprünglichen Form erkennbar.

Die durch das Land Berlin eingeleitete Privatisierung hat nicht zu der angekündigten Investition als sogenanntes Europaviertel geführt. Auf Grund der Insolvenz der Level One spitzt sich die Situation bei der Entwicklung dieses Gebietes weiter zu. Aufgrund der Immobilienkrise ist eine baldige Veräußerung zu erwarten. Wir beantragten deshalb in der BVV gemeinsam mit der SPD, das Bezirksamt aufzufordern, sich bei den zuständigen Stellen im Senat dafür einzusetzen, dass die Bestände der Hellersdorfer Promenade rekommunalisiert werden. Dabei wird empfohlen, frühzeitig an die Gläubiger-Banken heranzutreten und ein städtisches Wohnungsunternehmen mit der Verwaltung zu beauftragen. Der An-

trag wurde im Plenum der BVV mehrheitlich beschlossen. Zur Sicherung der baulichen Anlagen des Gebietes regten wir eine Erhaltungssatzung des Gebietes an.

Damit kann der Abriss oder schwere Eingriffe in das Gebiet verhindert werden. Zugleich sind Modernisierungen oder Investitionen an

den Gebäuden nach Genehmigung durch das Bezirksamt möglich. Zur fachlichen Diskussion und Beurteilung unseres Antrages haben wir ihn in den Ausschuss für ökologische Stadtentwicklung überwiesen.

Klaus-Jürgen Dahler
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Interessante Diskussion in Biesdorf

Als Biesdorferin im Herzen war ich neulich in der BO 59 Biesdorf Nord eingeladen. Eigentlich ging es um Wasser, um Kommunismus und natürlich auch um den Wahlkampf – im Kern aber ging es immer wieder um die Frage, wie professionell und damit erfolgreich es der LINKEN gelingt, nahe am Bürger und dem zu sein, was die Menschen bewegt.

Die Analysen der meisten Genossinnen und Genossen waren ganz ähnlich: Die schwierige Weltsituation in globaler und sozialer Hinsicht, die katastrophale Unfähigkeit der Mächtigen, diese Entwicklung zum Wohl der Menschen zu steuern, führt zu einer großen weltweiten Unzufriedenheit. Sie spiegelt sich in Protesten auf der Straße wie im Internet und sie mündet in eine große Bereitschaft, die Gesellschaft anders zu denken. Und anders denken, eine andere Gesellschaft zu denken, tut not – mehr denn je.

Einig waren sich aber auch alle darin, dass die momentane Situation der Partei nicht in ausreichendem Maße so ist, dass die Men-

schen uns als Motor dieser Bewegung empfinden.

Alle stimmten auch darin überein, dass DIE LINKE jene Kraft sein müsste, die visionäre Prozesse anschiebt und führt und deshalb genau und professionell überlegt, was die richtigen Begriffe und Diskussionsebenen dafür sind. Ganz klar war allen ebenfalls: nur wer im Hier und Jetzt transparent kommuniziert, wer glaubwürdig und zuverlässig Politik für die Bürger macht, wird auch als Partner wahrgenommen, mit dem man über alternative Gesellschaftsordnung nachdenkt! Es hängt von uns selbst ab, ob wir da in Hallen alleine unter uns sitzen oder die Menschen uns vertrauen – besser: uns etwas zutrauen.

Nicht nur darauf bezogen, wie ernsthaft Themen und Probleme angegangen werden, hinterließ die BO Versammlung bei mir einen sehr guten Eindruck: kluge, reflektierte Menschen, die eine respektvolle Debattenkultur pflegen – ich war sehr froh, Teil einer solchen Gemeinschaft sein zu dürfen. Vielen Dank und ich komme gerne wieder. **Julia Witt**

Jubiläen und Rektoratsantrittsreden - Streiflichter aus der Geschichte der Berliner Universität Unter den Linden.

Dr. sc. Hannelore Bernhardt zu Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum

Am 10. Oktober 1810 wurde die Berliner Universität Unter den Linden eröffnet und trägt seit 1949 den Namen Humboldt-Universität zu Berlin. Sie war nach Vorstellungen konzipiert, die Wilhelm von Humboldt in seiner Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ entworfen hatte. Die Stiftungsurkunde war vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. bereits im August 1809 unterzeichnet worden; nach ihm war sie auch bis 1945 benannt. Mit 256 Studenten und 52 Lehrenden begann das erste Semester. Erster Rektor war der Jurist Theodor Schmalz, der erste vom Senat der Universität gewählte Rektor war der Philosoph Johann Gottlieb Fichte.

20 Jahre Heimatverein Marzahn-Hellersdorf

Zum 6. Pressegespräch hatte der Vorstand eingeladen und präsentierte aus der Reihe „Beiträge zur Regionalgeschichte“ passend zum Thema das frisch gedruckte Heft Nr.8 mit 210 Seiten „Zur Vereinsgeschichte von Marzahn-Hellersdorf“; erhältlich für 7 EUR über Verein, Bezirksamt, im Bezirksmuseum sowie örtlichen Buchhandlungen. Der Vorsitzende, Wolfgang Brauer, seine Stellvertreterin, Dr. Christa Hübner, und der Verantwortliche für Pressearbeit, Claas Reise, informierten die Anwesenden über die aktuellen Vereinsvorhaben 2011. Hierzu zählt wieder der in enger Kooperation mit dem Bezirksmuseum zu gestaltende Tag der Regional- und Heimatgeschichte am 29. Oktober - Thema Schulbildung. Anmerkung: fünf Schulen sind Mitglieder im Heimatverein. Es wird dreier 100-jähriger Schuljubiläen erinnert. Den Reigen eröffnet ohne Scherz am 1. April die Achard-Grundschule Kaulsdorf. Um die Gestaltung des Parkfriedhofes Marzahn, von Wolfgang Brauer treffend als „die vergegenständlichte Geschichte der Stadt Berlin von unten in all ihrem Elend“ bezeichnet, und um die würdige Kennzeichnung des ehemaligen „Lagers für heim ins Reich geholte Wolhyniendeutsche“ und anschließendem Kriegsgefangenenlager Kaulsdorf müht man sich weiter in Zusammenarbeit mit kommunalen Instanzen und Urban Sozial e. V. in Jugendprojekten. Noch ist für die bereits vorhandenen Gedenktafel und Obeliskskulptur der geeignete Aufstellplatz nicht gefunden. Fortgesetzt werden die schon traditionellen Exkursionen. Veranstaltungen des Heimatvereines aber benötigen mittlerweile Wartelisten für die Interessenten und Stehplätze, wie sich anlässlich „666 Jahre Mahlsdorf“ zeigte, als eine Veranstaltung nicht genügte und Wiederholung erforderte. Gibt es eine schönere Wertschätzung für diese tatsächlich vollständig ehrenamtliche Arbeit?

Bernd-R. Lehmann

Der Berliner Universität nach dem Humboldtischen Konzept der Einheit von Weltanschauung, Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung wurde im 19. Jahrhundert zum Leitbild für die Umgestaltung des höheren Bildungswesens in Deutschland und darüber hinaus.

Die Geschichte der Berliner Linden-Universität ist sehr eng mit der preußischen und deutschen Geschichte verknüpft. Es gab und gibt Phasen weltweit anerkannter wissenschaftlicher Exzellenz und es gibt dunkle Kapitel in ihrer Geschichte. Wichtige Jubiläen der Universität fielen in ganz unterschiedliche gesellschaftshistorische Epochen: 1910 - das Kaiserreich wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, 1900 - die DDR wenige Monate vor dem Bau der Mauer, 2010 - die Bundesrepublik feiert ihre Eliteuniversität. Da ist die Frage berechtigt: Wie sah sich die Universität in diesen Zeiten selbst?

Dr. sc. Hannelore Bernhardt, 1985 bis zur Abwicklung 1991 Leiterin der Forschungsstelle Universitätsgeschichte an der Humboldt-Universität, hat versucht - im Nachgang zum Berliner Wissenschaftsjahr 2010 - die Geschichte ihrer vorangegangenen Jubiläen nachzeichnen und dabei Traditionen univer-

sitären Lebens über den Zeitraum seit ihrer Gründung sichtbar zu machen. Da Jubiläen aus dem üblichen Gang der Entwicklung hervortreten, ermöglicht ihre Betrachtung in sehr spezieller Weise den Blick auf historische Zusammenhänge und gesellschaftliche Einflüsse auf die Entwicklung der Universität. So gesehen wurden die Jubiläen der Jahre 1860, 1910, 1935, 1960 1985 und auch von 2010 beleuchtet.

Der interessante Vortrag hat zu einer angeregten Diskussion geführt, die sich naturgemäß auf den Austausch der Eliten und die Abwicklung des intellektuellen Gedächtnisses der DDR nach 1989 konzentrierte, weil für viele Anwesende der Hauptteil ihrer Arbeitsbiografie mit der Humboldt-Universität verbunden war.

Abgerundet wurde der Abend mit der Vorstellung des Buches „Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen - Einblicke - Analysen“, herausgegeben von Wolfgang Girnus und Klaus Meier (Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2010, ISBN 978-3-86583-445-4).

Dr. Wolfgang Girnus

Aus den Siedlungsgebieten Mehr Qualität durch Bürgerbeteiligung und Bürgerservice

Das Bezirksamt konnte darüber berichten, dass in allen Fachbereichen darum gerungen wird, die Beratungsleistungen und Informationen für Bauherrn und Investoren in den Siedlungsgebieten Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost weiter zu verbessern. So wurde das Internetangebot des Stadtplanungsamtes ausgebaut und eine Online-Übersicht über amtliche und thematische Karten und Pläne im Bezirk bereitgestellt. Im Jahre 2010 wurde eine Akteursrunde für den Ortskern Mahlsdorf gebildet. Diese wird als Instrument der modernen Stadtentwicklung zur Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger verstanden. Gemeinsam mit interessierten Eigentümerinnen, Mieterinnen, Gewerbetreibenden und Investoren soll kontinuierlich in einem Zeitraum von zwei Jahren ein Leitbild und darauf aufbauend ein Gesamtkonzept für das Ortsteilzentrum Mahlsdorf entstehen. Der Garziner Platz, der planerisch mit Beteiligung des Kinderbüros, der Schule am Dankratweg und Anwohnerinnen entstand, ist ein gutes Beispiel zur Einbeziehung der Bürgerinnen. Der Hummelplatz wurde bei Mitwirkung des bezirklichen Heimatvereins umgestaltet und es wurden für drei Mahlsdorfer Widerstands-

kämpfer Gedenktafeln errichtet und feierlich eingeweiht. Im Jahre 2010 wurden für die Errichtung von Gebäuden bis zu 13 Metern und bis zu 22 Metern insgesamt 85 Baugenehmigungen erteilt. Die Bauaufsichtsbehörde hat im vergangenen Jahr sehr viele Bürgerberatungen durchgeführt. Zur schnelleren Bearbeitung wird seit Beginn des Jahres 2010 ein „elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren“ eingeführt. Obwohl die Einreichung und Bearbeitung bauaufsichtlicher Vorgänge in elektronischer Form noch keine Pflicht ist, werden diese ab sofort auch elektronisch entgegengenommen. Bis zum Sommer 2012 sind alle Bauunterlagen elektronisch einzureichen. Zur wichtigen Qualität im Bezirk gehören auch unsere Kleingartenanlagen. Diese feierten im Jahr 2010 ihr 20-jähriges Jubiläum. Mit einem Beschluss des rot-roten Senates vom 12. Januar 2010 zum Kleingartenentwicklungsplan sind alle Kleingartenanlagen im Bezirk gesichert. Für die Kleingartenanlagen in der Dahlwitzer Straße wurden die städtebauliche Nutzung durch einen noch festzusetzenden Bebauungsplan des Bezirks gesichert.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Hartz-IV-Koalition begeht wieder einmal Verfassungsbruch

In einer inoffiziellen Sitzung von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen haben sich die Hartz-IV-Parteien auf eine Erhöhung der Regelsätze für Arbeitslosengeld-II-Beziehende verständigt. Einzig die Grünen verließen die Gespräche, als sich ein Ergebnis abzeichnete. Sie wollen wohl nicht in Haftung für das Ergebnis genommen werden, obwohl das Armutssystem Hartz IV von ihnen befürwortet wird. DIE LINKE war von den Verhandlungen ausgeschlossen, die anderen Fraktionen einigten sich also illegal am ohnehin intransparenten Vermittlungsausschuss vorbei.

„Zu keinem Zeitpunkt der über ein Jahr andauernden Verhandlungen hat die Hartz-IV-Koalition, der alle Parteien bis auf DIE LINKE angehören, in Betracht gezogen, eine verfassungsgemäße Neuberechnung der Regelsätze vorzunehmen“, erklärt Katharina Dahme, Bundessprecherin der Linksjugend [‘solid]. „Getrickst, getäuscht und geschummelt wurde, um am Ende die Maßgabe einer Erhöhung von 5 Euro einzuhalten. Eine erneute Erhöhung um lächerliche 3 Euro in 2012 als soziale Wohltat zu verkaufen, ist eine besondere Unverschämtheit der SPD, die noch vor kurzem getönt hatte, dass es mit ihr nur verfassungsgemäß berechnete Regelsätze geben wird.“

„Letztendlich ging es bei all dem Schmierentheater, das Union, SPD, FDP und Grüne

über Monate hinweg aufgeführt haben, nur um eines: Den Menschen sollte vorgespielt werden, es gehe ernsthaft darum, Grundsicherungssätze zu erreichen, von denen die Betroffenen ein Leben in Würde führen können. Das Ergebnis ist ein anderes: Schwarz-Gelb und Rot-Grün halten gleichermaßen am System Hartz IV fest, weil es erfolgreich die Löhne in Deutschland drückt und damit die ausufernde Exportwirtschaft am Leben erhält.“ ergänzt Norbert Müller, ebenfalls Bundessprecher des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid].

„Unter welchen Bedingungen so fast 7 Millionen Betroffene, darunter Millionen Jugendliche, arbeiten und leben müssen, interessiert weder Union und FDP, noch SPD und Grüne. Wenn nach Klüngerlunden den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht einmal im Ansatz nachgekommen wird, müssen SPD und Grüne mit der LINKEN gegen das Vorhaben stimmen. SPD und Grüne müssen sich entscheiden, ob sie für die Betroffenen Veränderungen erreichen wollen oder ob sie lieber gemeinsame Sache mit Schwarz-Gelb machen.“ schließt Katharina Dahme.



Foto: Stephan Mosel

Erfolgreiche Proteste gegen Naziaufmarsch von Repression überschattet

Am 19. Februar sorgte der entschiedene Widerstand von 20.000 Protestierenden aus ganz Europa dafür, dass die Nazis auch im Jahr 2011 eine herbe Niederlage für ihren „Trauermarsch“ in Dresden einstecken mussten. Ihr Plan, mit Geschichtsfälschungen und Opfermythen Stärke zu zeigen, wurde durch Massenblockaden vereitelt.

Dresdenerinnen und Dresdener machten gemeinsam mit zahlreich angereisten Aktivistinnen und Aktivisten klar, dass sie Nazis gründlich satt haben und Antifaschismus

nicht dem Staat überlassen wollen. Um den Rechten ihre drei angekündigten Demonstrationen dennoch zu ermöglichen, kam es auf Geheiß örtlicher Gerichte zu massiven Gewalteinsetzungen durch Polizeikräfte aus dem gesamten Bundesgebiet. Hierzu erklärt der BundessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid]:

Das Vorgehen der Polizei gegen die Blockaden in Dresden war gemessen an der Gesamtlage und den bestehenden Spielräumen unverhältnismäßig und völlig inakzeptabel. Während Beamte den Nazis teilweise ihren

Weg durch die Blockaden rund um ihren Aufmarschort bei Minusgraden mit Wasserwerfern und Schlagstöcken freiprügeln, sahen sie andernorts über einen längeren Zeitraum tatenlos zu, wie mehrere hundert autonome Nationalisten ein alternatives Wohnprojekt in Dresden Löbtau attackierten.

Weitere Informationen zum Naziaufmarsch in Dresden auf der Internetseite der Linksjugend [‘solid] unter: www.linksjugend-solid.de

Veranstaltungen**Kommunalpolitisches Gespräch**

» **5.3., 11 Uhr**, Restaurant „Lara Beach“ Helene-Weigel-Platz 4, 12681 Berlin, kommunalpolitisches Gespräch der IG BAU mit Ute Thomas, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur der BVV Marzahn-Hellersdorf, **Thema: Die Gewerkschafterin in Beruf und Familie heute** – zum 100. Internationalen Frauentag und 140. Geburtstag Rosa Luxemburgs

Politische Bildung

» **8.3., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Thema:** Geschichte und Programm - Die Schwierigkeiten der Linken, ihre Wurzeln zu erkennen; Referent: Dr. sc. Stefan Bollinger, Moderation: Dr. Wolfgang Girmus, Eintritt: 1,50 Euro

Unternehmerfrühstück

» **11.3., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Unternehmerfrühstück** zu „Fragen der internationalen Politik, Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Antworten der Bundesregierung und Alternativen“ mit **Stefan Liebich, MdB**, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Sprecher der Landesgruppe Berlin/Stadtstaaten der Fraktion DIE LINKE

Vortrag und Diskussion

» **11.3., 16.30 Uhr**, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203/205, 10115 Berlin, **Prof. Dr. Helga Hörz** zum Thema „**Der lange Weg zur Gleichberechtigung - die DDR und ihre Frauen**“

Hauptversammlung - Wahlen 2011

» **2.4. und 3.4., jeweils ab 10 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, **Wahlprogramm** der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf zur BVV-Wahl 2011, **Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten** für die Abgeordnetenhaus-Direktwahlkreise und für die Bezirksverordnetenversammlung

Forum zu Mietpolitik

» **7.4., 17 Uhr**, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, mit **Uwe Doering**, Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, und **Reiner Wild**, Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, Forum zu Fragen wie steigende Mieten, wachsende Betriebskosten, zunehmender Wohnungsmangel

Hinten links**Feminine Demokratie**

Seit 100 Jahren wird der Internationale Frauentag begangen. Die Feiern wandelten sich von kämpferischen Demonstrationen über Staatshuldigungen hin zu kleineren „Kränzchen“.

Am patriarchalischen Grundcharakter der Gesellschaft änderte sich seit Clara Zetkin wenig. Zwar ist nur noch in 47,6 % der ostdeutschen Paarhaushalte der Mann der Hauptverdiener. Doch wird jede dritte vollbeschäftigte Frau mit Niedriglohn abgespeist – bei den Männern nur jeder achte.

Rosa Luxemburg, deren Geburtstag sich am 5. März zum 140. Male jährt, schrieb 1918 in ihrem berühmten unvollendeten Manuskript: „der schwerfällige Mechanismus der demokratischen“ Institutionen habe ein kräftiges Korrektiv - eben in der „lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck.“

Frage

Wie recht hat Rosa zugleich mit ihrer Ahnung: „Der menschliche Wille muss aufs Äußerste angestachelt werden...“?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **15.3., 5.4. und 19.4.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.4.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **6.4.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

» **7.4.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis / IG

» **15.3., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba** und **Veranstaltung 24.2.** - siehe linke Spalte

» **31.3., 15 Uhr**, **IG SeniorInnen**, Treff bei Hanna

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **15.3., 19.30 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer (MdA)**, **Petra Wermke (BVV-Vorsteherin)**, Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **18.3., 10 - 12 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 9953508

» **21.3, 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **21.3, 17 - 18 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, „Roter Baum“ (Innenhof) Stendaler Str. 43, 12627 Berlin

» **28.3., 16 Uhr**, **Dr. Margrit Barth (MdA)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **18.4., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	9 - 17 Uhr
	Donnerstag	9 - 19 Uhr
	Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch und am 8. März ist der Linke Treff geschlossen.

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 28.02.2011. Auslieferung ab: 02.03.2011. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 07.04. und 05.05.2011.